



Ausschuß für Schule und Weiterbildung

3. Sitzung (nicht öffentlich)

25. Oktober 1995

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.50 Uhr

Vorsitz: Heinrich Meyers (CDU)

Stenograph: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/153

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, das Konzept "Geld statt Stellen" um 10 Millionen DM für den Rest des Jahres zu erhöhen, mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab.

Das Nachtragshaushaltsgesetz 1995 - hier: Einzelplan 05 - wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

	Seite
2 Situation zum Schuljahresbeginn 1995/96 Vorlagen 12/46 und 12/146	9
- Aussprache.	
3 Gewalt an Schulen in Nordrhein-Westfalen	14
An den Bericht von Ministerin Gabriele Behler schließt sich eine Aussprache an.	
4 Denkschrift der Kommission "Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft" beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen	24
Bericht von Ministerin Gabriele Behler und Diskussion.	
5 Verschiedenes	28
Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung einigt sich auf den Termin 10. bis 14. Juni 1996 für die Reise nach Tschechien.	

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/153

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Nach Kenntnis von **Norbert Giltjes (CDU)** ist der Fonds "Geld statt Stellen" in vielen Bereichen erschöpft. Die Regierungspräsidenten teilten mit, daß sogar Leute ihren Dienst angetreten hätten, denen man nach einem Tag gesagt habe, daß sie wieder nach Hause gehen sollten, denn es gebe kein Geld.

Um das Prinzip durchhalten zu können, müsse die Summe erhöht werden. Die CDU-Fraktion beantrage für das laufende Haushaltsjahr, eine Erhöhung um 10 Millionen DM vorzunehmen. Im Haushalt 1996/97 müsse dann eine realistischere Summe eingesetzt werden.

Manfred Degen (SPD) begrüßt die 440 zusätzlichen Stellen. Seine Fraktion befürworte ebenfalls die Stärkung des Bereichs Weiterbildung im Ministerium.

Zum Nachtragshaushalt werde die SPD keine Anträge stellen. Sie stimme ihm in der vorliegenden Form zu.

Brigitte Schumann (GRÜNE) stimmt dem Nachtragshaushalt ebenfalls zu. Sie gibt aber zu verstehen, daß noch Fragen zwischen den Haushältern der SPD-Fraktion und ihrer Fraktion beraten würden. Vorbehaltlich mancher Änderungen stimme ihre Fraktion dem Nachtragshaushalt zu.

Norbert Giltjes (CDU) äußert sein Erstaunen darüber, daß sich die Spitze des Ministeriums zu der Tatsache, daß "Geld statt Stellen" ausgeschöpft sei, nicht äußere.

Die Ministerin habe in der letzten Sitzung betont, mit "Geld statt Stellen" solle Unterricht gewährleistet sein. Das Konzept Sorge mit dafür, daß der Unterricht stattfinde. Das Land wolle sich nämlich nicht mit zusätzlichen Stellen belasten. Deswegen gebe es Geld dafür aus.

Seine Fraktion habe dem zugestimmt. Wenn nun das Geld verbraucht sei und weiterhin viel Unterricht ausfalle, sage das Ministerium nichts dazu.

Staatssekretär Dr. Besch (Ministerium für Schule und Weiterbildung) betont, es handele sich hier um einen Nachtragshaushalt, in den nur bestimmte Dinge eingebracht werden könnten.

Die Beispiele, die Herr Giltjes eben genannt habe, seien sehr pointiert. Fälle, in denen jemand eine Schule, der er zunächst zugewiesen gewesen sei, wieder habe verlassen müssen, habe es in früheren Zeiten immer wieder gegeben. Das habe damit zu tun, daß die Schulaufsicht sehen müsse, wo die größten Löcher seien.

Auch wenn jemand die Zusage, die er bereits gegeben habe, aus verschiedenen Gründen - in der Regel wegen Schwangerschaft - kurzfristig wieder zurücknehme, sei das eine Sache, die in der Nähe der höheren Gewalt liege. Daran könne man nichts ändern.

Der Finanzminister fordere, daß der Nachweis erbracht werden müsse, daß ein ordnungsgemäßes Verfahren bei den Regierungspräsidenten laufe. Dieser Nachweis werde rechtzeitig erbracht.

Er hoffe, daß im regulären Haushalt für das kommende Jahr eine entsprechende Erhöhung der Mittel möglich sein werde.

Die CDU-Fraktion habe ermittelt, daß für 1995 aufgrund des angemeldeten Bedarfs noch eine Summe von mindestens 10 Millionen DM benötigt werde, wiederholt Norbert Giltjes (CDU). Unterricht finde nicht statt, wenn das Geld nicht zur Verfügung gestellt werde. Das System heiße "Geld statt Stellen" und diene dazu, Unterricht zu organisieren, zu realisieren, der ansonsten ausfalle.

Der Staatssekretär sage nun, das Beispiel sei pointiert. Fest stehe, daß aus dem Topf kein Geld für Unterricht mehr genommen werden könne. Nun müsse die Landesregierung zugeben, daß sie ihr Konzept zwar angedacht, aber nicht vernünftig zu Ende gebracht habe. Im übrigen könne das Parlament beim Nachtragshaushalt jeden Titel aufstocken. Da gebe es keine Vorbehalte. Er habe sogar gelesen, daß Beamtenstellen im Hause durchaus aufgestockt und verändert werden könnten. Wenn der Landtag beschließe, an einer Stelle aufzustocken, werde aufgestockt.

Ministerin Gabriele Behler erinnere daran, daß sich das Programm "Geld statt Stellen" auf bestimmte Bedarfe beziehe, die durch Unterrichtsausfälle entstünden.

Die Aussage, bis zum Ende des Jahres könne aus diesem Programm kein Unterricht mehr finanziert werden, sei schlicht falsch. Das Geld sei gar nicht ausgegeben; vielmehr sei das Geld, wie es sich in einer Verwaltung von ihren Abläufen her automatisch ergebe, verplant.

Bei dem Einsatz begrenzter Mittel würden immer Entscheidungen erforderlich, an welchen Stellen aus dem begrenzten Mittelvolumen die Gelder eingesetzt werden sollten. Beim Einsatz der Mittel gebe es Spannbreiten.

Innehalb der Verwaltung fänden sich auch freie Spitzen, die für absolut dringende Notfälle vorgehalten würden. Im Vergleich mehrerer Situationen komme es durchaus vor, daß man

umstrukturieren müsse, weil sich neue Gesichtspunkte ergeben hätten. Diese Aufgabe liege bei den Regierungspräsidenten.

Grundsätzlich könne man an allen Stellen zu dem Ergebnis kommen, daß es angenehmer sei, wenn man mehr Geld hätte. Das Land stünde aber unter bestimmten Kautelen, die nicht ohne weiteres außer Kraft gesetzt werden könnten. Insoweit sei die Aussage nicht richtig, daß alles Geld bisher ausgegeben sei.

Nach Ansicht von **Norbert Giltjes (CDU)** müßte man ehrlicherwise sagen, man stelle soundsoviel Geld zur Verfügung und decke damit Unterricht nach dem Windhundverfahren ab. Wenn das Geld weg sei, werde Unterrichtsausfall nicht mehr ersetzt.

Daß das Ministerium Mittel bevorraten müsse, halte er für selbstverständlich. Wenn im Juli jemand bis Dezember eingestellt worden sei, müsse ihm natürlich eine Bezahlungsgarantie gegeben werden. Deswegen sei das Geld noch da. Da habe die Ministerin recht.

Der Bedarf habe sich aber als größer herausgestellt. Für diesen Mehrbedarf wolle die Landesregierung kein Geld ausgeben. Dann sei "Geld statt Stellen" eine Mogelpackung.

Es gehe nicht nur um diejenigen, die im Juli bis Dezember eingestellt worden seien, sondern es gehe um die Prognosen, die Erwartungen bei einem Unterrichtsausfall, der erst im Oktober oder November eintrete, stellt **Ministerin Gabriele Behler** klar. Auch hier sei Geld verplant.

Um zu verhindern, daß nach dem Windhundverfahren vorgegangen werde, setze sich eine Verwaltung hin und plane einen nach Wahrscheinlichkeitsüberlegungen begründeten evidenter Mittelabfluß für das laufende Schuljahr.

Hans Frey (SPD) äußert Verständnis für das Anliegen von Herrn Giltjes. Auch seine Fraktion finde es ärgerlich, was da zur Zeit passiere.

Auf der anderen Seite sei von vornherein klar gewesen, daß die eingesetzten Mittel nicht ausreichen würden. Da nützten auch die 10 Millionen DM nichts.

Das Programm habe einen gewissen Lerneffekt: Es sei immer schwierig, mit neuen Instrumenten in riesigen Apparaten umgehen zu können. Um keine Flickwerkgeschichte im Nachtragshaushalt nachzuschieben, kündige er an, daß seine Fraktion eine Summe, die weit über 10 Millionen DM liege, in den kommenden regulären Haushalt einstellen wolle.

Daß gewisse Zwangssituationen aufträten und Unterricht ausfalle, könnten aber auch riesige Geldsummen nicht verhindern. Er meine, daß das Gesamtprogramm "Geld statt Stellen" im Rahmen der ordentlichen Haushaltsberatung für das nächste Schuljahr aufgerufen werden solle. Dafür werde dann eine zusätzliche angemessene Ausstattung eingesetzt. Es gehe um die Frage, wie das Instrument eingesetzt werden könne und ob bestimmte Formen des Einsatzes, der Methodik, mit zusätzlichem Finanzaufwand gekoppelt werden müßten.

Jetzt im Schnellschlußverfahren etwas draufzulegen, halte er für falsch.

Dr. Hans Horn (CDU) macht darauf aufmerksam, daß Lehrerverbände aus dem Oberbergischen Kreis berichteten, daß die bestehenden Bedarfe von den Regierungspräsidenten sehr unausgewogen entschieden worden seien. Das unterstreiche, daß ein gewisser Stock vorhanden sein müsse, um die Lücken gerade im ländlichen Raum einigermaßen gleichgewichtig durch die Position "Geld statt Stellen" zu füllen.

Der Topf "Geld statt Stellen" müsse dringend aufgestockt werden, bestätigt **Gudrun Reinhardt (CDU)**. Durch langfristige Erkrankungen und Ausscheiden aus dem Dienst gebe es zahlreiche Wiederbesetzungsprobleme an den Schulen.

Dem Kreis Siegen/Wittgenstein sei schon im August gesagt worden, daß der Topf "Geld statt Stellen" leer sei und auch in Notsituationen nichts mehr daraus genommen werden könne.

Wenn dies schon zur Hälfte des Schuljahres der Fall sei, würden Unterrichtsausfälle mit Sicherheit zu dramatischen Situationen führen. In einem einzigen Kreis seien 23 Lehrstellen nicht besetzt; zu einem Teil seien das Stellen, bei denen die Lehrer in den Ruhestand gegangen seien, zu einem anderen Teil gehe es um Unterrichtsausfall aufgrund langfristiger Erkrankungen. Sie fordere die Ministerin auf, dringend Abhilfe zu schaffen.

Marie-Theres Ley (CDU) fragt, ob sie die Ministerin richtig verstanden habe, daß ab 1. November doch neues Geld da sei. Der Topf sei zwar für Oktober leer, aber nicht für die kommenden Monate.

Das Geld sei den Bezirksregierungen zugewiesen worden, antwortet **Ministerin Gabriele Behler**. Die Bezirksregierungen seien gehalten, bei der Bewirtschaftung dieser Gelder auch für die Fälle, in denen der Vertretungsbedarf beispielsweise im November beginne, Gelder vorrätig zu halten. Die Verplanung und die Belegung von Geld dürfe nicht mit ausgegebenem Geld verwechselt werden.

Die Bezirksregierungen rechneten mit den ihnen zum Teil vorher bekannten Ausfällen für November und Dezember und sähen dafür Mittel vor. Diese Mittel seien vorhanden. Wenn die Auskunft komme, es sei kein Geld mehr da, sei das untechnisch und insoweit eine unpräzise Beschreibung für einen Sachverhalt, in dem Mittel verplant seien.

Das grundsätzliche Problem bei dem Programm "Geld statt Stellen" bestehe in einer äußerst ungleichgewichtigen Annahmepaxis dieses Programms. Die Philosophie dieses Konzepts basiere darauf, keine neuen Stellen schaffen zu wollen. Sie würde sich darüber freuen, wenn die CDU-Fraktion die Landesregierung darin unterstützen würde, die Bereitschaft bei den Kolleginnen und Kollegen im Lande zu stärken, durch eine entsprechende Verteilung in der Anwendung dieser Mittel den Anwendungsradius zu vergrößern.

Das Problem der Verteilung steht nach Meinung von **Herbert Reul (CDU)** nicht im Vordergrund, sondern das Problem der Menge.

Es gebe Situationen, in denen es heiße, daß kein Geld mehr zur Verfügung stehe. Wenn man das zur Mitte des Jahres feststelle - das Schuljahr habe gerade begonnen -, sei das ein Problem, das man benennen müsse. Dann könne man darüber nachdenken, welche Lösungen man anbiete.

Die CDU-Fraktion sage, wenn Unterricht ausfalle, das Modell als richtig anerkannt sei und man nicht habe wissen können, welche Summe notwendig werde, müsse man es korrigieren. Dafür sei der Nachtragshaushalt da.

Wenn auch die SPD-Fraktion dies als Problem erkenne, sollte doch die Regierung gemeinsam aufgefordert werden, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die GRÜNEN sähen das wohl nicht mehr als Problem an. Die Ministerin schätze die Lage auch anders ein.

Herr Frey sehe es genauso: Es gebe ein Defizit an Geld. Er sage, im kommenden Haushalt solle aufgestockt werden. Die CDU-Fraktion bitte aber, jetzt zu helfen, denn die Kinder, die jetzt unter Unterrichtsausfällen litten, hätten dasselbe Recht wie diejenigen, die im nächsten Schuljahr möglicherweise darunter litten.

Wenn er sich anschauere, was in anderen Bereichen der Landespolitik im Nachtragshaushalt alles passiere, frage er sich, warum das Parlament nicht in der Lage sein sollte, die Summe von 10 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Da gebe es ganz andere Projekte, die nicht die Dringlichkeit hätten wie dieses.

Er bitte die SPD-Fraktion, den Antrag zu unterstützen. Möglicherweise finde sich auch ein Weg, wonach der Ausschuß sein politisches Votum abgebe und den Nachholbedarf betone. Auf die Summe müsse man sich auch nicht zwingend festlegen. Wenn ein Defizit von allen erkannt werde, müsse die Politik Handlungsmöglichkeiten eröffnen.

Im übrigen bitte er darum, daß dem Ausschuß für die Beratungen im nächsten Jahr eine Aufstellung über die Verteilung der Mittel auf die Schulformen von den jeweiligen Regierungspräsidenten zur Verfügung gestellt werde.

Brigitte Schumann (GRÜNE) schließt sich der Bitte an, einen aktualisierten Bericht möglichst bald zu bekommen.

Das Konzept "Geld statt Stellen" sei für ihre Fraktion immer eine Krücke gewesen. Es handele sich unter pädagogischen, arbeitsmarktpolitischen und beschäftigungspolitischen Aspekten um ein unerfreuliches Konzept. Es sei nie ein vollwertiger Ersatz, ein Kompensationsmittel für die Streichung der Stellenreserve gewesen, sondern nur ein unzureichendes Ersatzmittel. Die CDU-Fraktion, die ihre Zustimmung zu dem neuen Konzept sehr schnell signalisiert habe, stimme dem indirekt zu.

Das Konzept lebe davon, daß es billiger als Stellen sein müsse. Es leiste auch keinen Ausgleich, was die Unterrichtsversorgung angehe. Insofern sitze die "eigentliche" Opposition bei den Vertreterinnen der GRÜNEN.

Frau Schumann hält es für wichtig, daß im Rahmen der ordentlichen Haushaltsdebatte für den Haushalt 1996 das Gesamtpaket Einstellungen und "Geld statt Stellen" untersucht werde. Es gehe darum, Einstellungspolitik zu diskutieren und nicht nachzubessern, wie es

die CDU-Fraktion vorschläge. Auch mit 10 Millionen DM helfe man den Schulen nur unwesentlich.

Sie begrüße es, wenn der Ausschuß über den Abfluß, die Probleme und das Verfahren insgesamt regelmäßig unterrichtet werde. Weiterhin müsse aber über Stellen gesprochen werden.

Norbert Giltjes (CDU) nimmt mit Erstaunen zur Kenntnis, daß ein Koalitionspartner erkläre, er sei die "eigentliche" Opposition.

Natürlich sei das Konzept eine Hilfskonstruktion, um mit dem Schülerberg fertig zu werden, da die Ausstattung mit Stellen das Land in die finanzielle Enge treiben würde. Er wolle die Diskussion nicht wiederholen.

Mit dem Konzept sei beabsichtigt, Unterricht über Nicht-Stellen zu steuern. Unterricht solle stattfinden, ohne daß neue Planstellen eingerichtet würden.

Nun stelle man fest, daß das Ziel in Teilbereichen nicht erreicht werde. Wer über Krückenkonstruktionen weiter nachdenke, könne überhaupt nichts anderes machen, als die Summe zu erhöhen. Wenn Kollege Frey sage, das habe er auch erkannt, wisse er nicht, warum er dem heute nicht zustimmen wolle. Vielleicht müsse er noch jemanden fragen.

Es dürfe nicht sein, daß man sich von der Wirklichkeit entferne und einfach die Augen zudrücke.

Wenn die Ministerin sage, im September werde ein Bedarf festgestellt, der aber nicht befriedigt werden könne, weil im November ein anderer Bedarf auftauche, könne das auch von der Abfolge her nicht richtig sein und trage dem Problem nicht Rechnung.

Herr Giltjes fordere das von ihm zuvor kritisierte Windhundverfahren ein, erwidert Ministerin Gabriele Behler. Die Verwaltung könne nicht so vorgehen, überall dort, wo ein Bedarf entstehe, diesen ohne Berücksichtigung unterschiedlicher Kriterien und unterschiedlicher Notsituationen unmittelbar zu befriedigen. Daß Notsituationen auf unterschiedliche Art und Weise bearbeitet werden könnten, dem werde auch Herr Giltjes zustimmen. Das sei auch eine Frage der Anreize, der Geschicklichkeit und der Planungen.

Bei dem Mittelvolumen müßten diejenigen, die die Mittel in der Praxis verwalteten, auch die Spielräume haben, um auf die sich verändernden Bedarfe im Ablauf eines Kalenderjahres eingehen zu können. Anders funktioniere es nicht, wenn man das Prinzip Windhundverfahren vermeiden wolle.

Frau Behler betont, sie habe in der Öffentlichkeit bereits mehrfach gesagt, daß dies ein neues Instrument sei, bei dem man die Verwaltungspraxis kontinuierlich überprüfen und regelmäßig optimieren müsse. Selbstverständlich gehöre das mit zu dem ständigen Auftrag der Landesregierung.

Sie biete an, über das Verfahren und die Optimierungsmöglichkeiten bei der Anwendung des Instrumentes "Geld statt Stellen" im Ausschuß ausführlich zu berichten. Gute Anregungen sollten natürlich aufgenommen werden.

Die Regierung werde alles dafür tun, die Praxis den Erfordernissen anzupassen, soweit das im Rahmen des finanziellen Möglichen denkbar sei.

Wenn man eine Summe von 100 DM habe, könne man sie im Rahmen des Konzeptes verplanen, bekomme dafür aber vielleicht nur eine Unterrichtsstunde bezahlt. Wer aber gehalten sei, dieses Geld so effektiv wie möglich einzusetzen, müsse zu einem Mix an Formen des Einsatzes kommen.

Wenn alle Parteien an die Verbände appellierten, hier zu helfen, damit die schwierigen Zeiten wachsender Schülerzahlen im Rahmen des insgesamt finanzpolitisch Verantwortbaren gut bewältigt werden könnten, wäre sie sehr dankbar. - "Mehr als den Antrag zu stellen, die Mittel aufzustocken, könne auch die CDU-Fraktion nicht helfen", erwidert Norbert Giltjes (CDU).

Manfred Degen (SPD) macht darauf aufmerksam, daß die heftigsten Diskussionen über Unterrichtsausfälle in Zeiten stattgefunden hätten, in denen noch relativ viele Lehrer zur Verfügung gestanden hätten. Der Finanzminister habe einmal gesagt, je mehr Lehrer er einstelle, desto mehr Unterricht falle aus. Damit habe er den kurzfristigen Unterrichtsausfall, der in der Person des einzelnen begründet sei, gemeint.

Auch mit dem Instrument der Stellenreserve habe das Land nicht flexibel reagieren können, weil die Person, die auf der Stelle gesessen habe, in den Unterricht eingeplant worden sei. Wenn sie dann ihre eigene Funktion habe wahrnehmen sollen, hätte sie woanders wieder ein Loch aufgerissen.

So sei man zu dem flexiblen Instrument "Geld statt Stellen" gekommen, auch wenn sich herausstelle, daß es nicht so flexibel zu handhaben sei, wie man vielleicht zu Beginn vermutet habe.

Im vergangenen Jahr seien dafür 10 Millionen DM eingesetzt worden, jetzt betrage die Summe 60 Millionen DM. Wenn man jetzt noch einmal 10 Millionen draufsetzen würde, verschiebe man die Probleme.

Er plädiere dafür zu überprüfen, wie man das Konzept effektivieren könne. Dazu benötige man verlässliche Unterlagen, Erfahrungen und Rückmeldungen. Erst danach könne man ausrechnen, wieviel Gelder noch benötigt würden. Eventuell stelle sich auch heraus, daß Gelder blockiert würden. Darüber sollte im Vorfeld der Haushaltsberatungen in aller Breite gesprochen werden.

Marie-Theres Ley (CDU) fragt, ob sie den Schulen, die sich an sie wendeten, sagen könne, daß sie sich ab 01.11.1995 wieder melden sollten, weil dann wieder Gelder zur Verfügung stünden.

Sie könne den Schulen sagen, daß die Schulaufsicht im Vergleich der Schulen verantwortlich prüfe, wie das für den Rest des Jahres zur Verfügung stehende Geld optimal eingesetzt werden müsse, antwortet **Ministerin Gabriele Behler**.

Sie bitte, bei den Schulen dafür zu werben, nicht nur auf die Idee zu kommen, BAT-Verträge zu vergeben, sondern darüber hinaus zu versuchen, einen Teil des Geldes für Mehrarbeit, für kurzfristige Verträge von Personen, die ansonsten sozial abgesichert seien, in Anspruch zu nehmen.

Gudrun Reinhardt (CDU) kommt darauf zurück, daß das Geld nach Prioritäten und bestimmten Notlagen verteilt werde. Demnach müßten Schulen, bei denen Lehrermangel bestehe, der beim Vergleich zu anderen Schulen geringer ausfalle, lernen, mit dem Mangel, auch wenn er gleich mehrere Stellen betreffe, zu leben. Sie halte das nicht für in Ordnung.

Jetzt gehe es um das grundsätzliche Problem der Versorgung mit Lehrerstellen, führt **Ministerin Gabriele Behler** an. Alle Beteiligten wüßten, daß die Decke sehr kurz sei. Es könne an dieser Stelle nur darum gehen, ein Optimum unter den finanzpolitischen Gegebenheiten zu erreichen.

Daß die Schulen mit Problemsituationen sehr unterschiedlich fertig würden, sei bekannt. Dies könne nicht durch zentrale Vorgaben in Ergebnissen festgelegt werden. Die Schulen müßten Anreize und Möglichkeiten haben, Notlagen jeweils mit der nahegelegenen Schulaufsicht verantwortlich zu organisieren. Hier könne es nur darum gehen, die Decke so weit wie möglich auszuziehen, wie sie an Größe umfasse.

Norbert Giltjes (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion erhalte ihren Antrag auf Erhöhung des Konzepts "Geld statt Stellen" um 10 Millionen DM aufrecht.

Hans Frey (SPD) greift das Angebot von Herrn Reul auf, später noch einmal in die Diskussion einzutreten.

Der Nachtragshaushalt müsse jetzt verabschiedet werden. Danach sollte man das Anliegen ernsthaft aufgreifen.

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, das Konzept "Geld statt Stellen" um 10 Millionen DM für den Rest des Jahres zu erhöhen, mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab.

Das Nachtragshaushaltsgesetz 1995 - hier: Einzelplan 05 - wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

2 Situation zum Schuljahresbeginn 1995/96

Vorlagen 12/46 und 12/146

Brigitte Schumann (GRÜNE) bedankt sich für die detaillierte Vorlage 12/146. Es werde aufgezeigt, wie unterschiedlich sich die Bandbreite der Klassenbildung in den einzelnen Regionen darstelle. Auch würden schon Ursachen genannt. In Zusammenhang mit den Ursachen könne man dann über Ausgleichsmaßnahmen sprechen.

Frau Schumann nimmt nicht an, daß die Probleme von selber verschwänden, wenn alle Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I beispielsweise nach den neuen Richtlinien gebildet würden.

Offensichtlich sei man bei dem kw-Abbau zu resolut vorgegangen. Bei diesem Haushaltsinstrument seien die regionalen Verteilungsaspekte übersehen worden. Für das zukünftige Handeln müsse man überlegen, wie man das anders organisieren könne.

Es würden auch schulstrukturelle Ursachen für die regionalen Unterschiede bei den Klassenbildungen genannt. Besonders im ländlichen Raum, in Regionen, in denen die Schulen weit auseinander lägen, komme es zu unerwünschten Abweichungen, zu Unter- und Überschreitungen der Klassenbildungswerte.

Wenn man weniger in Schulformen dächte und mehr die Bildungsgänge berücksichtigte, wenn man also, wie es auch die Denkschrift in Zusammenhang mit regionalisierter Entwicklungsplanung andeute, konkret Verbundmodelle fordere, käme man zu anderen Werten. So hätte man ein flexibleres, kostengünstigeres und leistungsfähigeres wohnortnahes Angebot. Der Gedanke Bildungsgang vor Schulform sei ein Lösungsweg im ländlichen Raum.

Selbstverständlich dürfe die integrierte Gesamtschule als erste Lösung nicht vergessen werden, denn damit sei die angesprochene Problematik am besten in den Griff zu bekommen.

Die Bewegungen zwischen den Schulformen seien auch Ursache für Unter- und Überschreitungen im Laufe der Sekundarstufe I. Dabei handele es sich um Bewegungen von Schulformen zu Schulformen, und zwar von oben nach unten. Die Gesamtschule beteilige sich an dieser unerfreulichen Bewegung nicht. Sie weise Kinder nicht an andere Schulformen.

In der Denkschrift werde von den Autoren vorgeschlagen, Stellen nicht mehr nach Schulformen zu verteilen, sondern nach Regionen. Da werde der regionale Aspekt sehr bedeutsam. Frau Schumann schlägt vor, einmal prüfen zu lassen, was diese Betrachtungsweise ergebe.